

KEIN FUSSBREIT DEN RECHTEN!

DER GRÜNE DEMORATGEBER RECHTSEXTREMISMUS

JETZT. FÜR MORGEN.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



WWW.GRUENE.DE

RECHTSEXTREMISMUS
KOMMISSION

KEIN FUSSBREIT DEN RECHTEN!

DER GRÜNE DEMORATGEBER RECHTSEXTREMISMUS

JETZT. FÜR MORGEN.



WWW.GRUENE.DE



RECHTSEXTREMISMUS
KOMMISSION

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

V.i.S.d.P.: Robert Heinrich
Tel.: 030-284 42-0
Fax: 030-284 42-210
E-mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

Gestaltung: KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH
Titelfoto: r.e.m./Hans-Georg Gaul

Inhalt

- 6 Vorwort**
- 7 Was tun, wenn's brennt?**
- 8 Was kann man gegen eine Nazi-Demonstration alles tun?**
 - Verhindern einer Demonstration
 - Gegendemonstration
 - »Begleitung« oder Blockade einer Demonstration
 - Ignorieren
- 12 Nicht vergessen bei Aktionen gegen Rechts!**
- 13 Exkurs – Wortergreifungsstrategie der NPD – Was tun bei eigenen Veranstaltungen**
 - Versammlungen unter freiem Himmel
 - Versammlungen in geschlossenen Räumen
 - Tipps für Veranstaltungen in geschlossenen Räumen
- 17 Die NPD**
- 18 Bündnispartner**
- 19 Fakten zum Verbot einer Demonstration**
- 20 Rechtliches zur Anmeldung einer Gegendemonstration**
- 21 Häufige Auflagen für eine rechte Demonstration**
- 23 Wie verhalte ich mich auf einer Demonstration?**
- 24 Häufige Demonstrationstermine der rechten Szene**
- 25 Link- und Materialsammlung**
- 27 Exemplarische Demoaufrufe**
- 29 Unsere Materialien**

Liebe Freundinnen und Freunde,

der vorliegende Ratgeber »Kein Fußbreit den Rechten!« soll Euch Hilfe, Anregungen und Unterstützung im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sein.

Rechtsextreme melden vermehrt Demonstrationen an oder halten Mahnwachen ab. Immer wieder stellen sich Grüne dagegen und wirken aktiv mit, zivilen Widerstand gegen Rechtsextreme zu organisieren und eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Nur der offensive Umgang mit diesem Thema und eine aktive Begleitung in den Kommunen können die Ausbreitung von rechtsextremistischem Gedankengut verhindern und den Rechtsextremen das politische Leben schwer machen. Eine funktionierende Zivilgesellschaft und die Zivilcourage jeder und jedes Einzelnen sind bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gefragt. Helft mit! Mischt Euch ein!

Die NPD ist äußerst aktiv. Sie hat nach ihren Wahlerfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ihre Strategie »Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße und Kampf um die Parlamente« weiter entwickelt. In der Öffentlichkeit wird deshalb immer wieder die Forderung nach einem erneuten NPD-Verbot laut. Ein Grundproblem wird dabei aber übersehen: Durch Verbote verschwindet der Rechtsextremismus nicht aus den Köpfen, sondern taucht allenfalls in den Untergrund ab. Wir kämpfen nicht gegen Menschen, sondern gegen menschenverachtende Ideologien. Eine Debatte um ein Verbot, für das man nicht die Voraussetzungen geschaffen hat, ist kontraproduktiv, da sie der NPD Aufmerksamkeit verschafft und in der Sache nichts bringt.

Die rechtsextremen Parteien neben der NPD werden immer mehr marginalisiert, und es zeichnet sich auf lange Sicht eine weitgehende Vorherrschaft der NPD im rechtsextremen Lager ab. Deshalb ist im Kampf gegen Rechtsextremismus der Kampf gegen die NPD besonders dringlich. Natürlich könnt Ihr die hier gemachten Vorschläge auch auf Aktivitäten der DVU oder der Republikaner anwenden.

Herzliche Grüße aus Berlin



Claudia Roth

Was tun, wenn's brennt?

Die NPD, die Republikaner, die DVU oder eine freie Kameradschaft hat eine Demonstration bei euch angemeldet und ihr wollt dagegen etwas unternehmen. Welche Handlungsmöglichkeiten stehen euch offen?

Ihr könnt...

... versuchen, den öffentlichen Raum mit einer Veranstaltung zu besetzen, bevor die Rechten ihre Demonstration angemeldet haben, oder die Stadt bzw. die zuständige Gemeinde darin zu bestärken, die Demonstration zu verbieten.

→ siehe Verhindern einer Demonstration auf Seite 8

... eine Gegendemonstration anmelden und hier als Grüne bzw. zusammen mit anderen Bündnispartnern eure Ablehnung gegen die rechte Demonstration zum Ausdruck bringen.

→ siehe Gegendemonstration auf Seite 9

... wenn keine Gegendemonstration angemeldet wird, die Demonstration angemessen »begleiten« bzw. blockieren.

→ siehe »Begleitung« oder Blockade einer rechten Demonstration auf Seite 10

... als letzte Taktik: Die Demonstration ignorieren.

→ siehe Ignorieren auf Seite 12

Außerdem geben wir euch weitere Tipps:

- was ihr nicht vergessen solltet bei Aktionen gegen Rechts → Seite 12
- zum Umgang mit der »Wortergreifungsstrategie« der NPD → ab Seite 13
- welche Bündnispartner ihr ansprechen könnt → Seite 18
- wann die häufigsten Demotermine der rechten Szene sind → Seite 24
- wo ihr mehr Infos bekommt: Link- und Materialsammlung → Seite 25

Was kann man gegen eine Nazi-Demonstration alles tun?

Es gibt verschiedene Wege, einen Aufmarsch von Rechtsextremisten zu »begleiten«. Nicht jede Form ist bei jedem Anlass angemessen und erfolgreich. Hier muss eine genaue Analyse der Situation, des Zwecks der Nazi-Demonstration und der örtlichen Gegebenheiten getroffen werden und eine Absprache mit möglichen Bündnispartnern, aber auch mit der Presse und der Polizei erfolgen. Eine erfolgreiche Demonstration der NPD kann der Anfang für wiederholte rechte Demonstrationen in eurer Region sein.

Bei jeder Gegenmaßnahme solltet ihr beachten: Wenn es gelingt, die Unterstützung der Verwaltung und der BürgermeisterInnen zu gewinnen, wird das Echo in der Bürgerschaft und die Beteiligung der BürgerInnen deutlich stärker ausfallen.

Verhindern einer Demonstration

Der erste Gedanke ist meist, dass es am Besten wäre, wenn die Rechtsextremen erst gar nicht aufmarschieren. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten:

Besetzen des öffentlichen Raums

Ihr könnt eine eigene Demonstration oder ein Fest anmelden und dadurch den öffentlichen Raum bei euch besetzen. Die Anmeldung muss geschehen, bevor die NPD oder die rechten Kameradschaften eine Demonstration angemeldet haben.

Dieses Vorgehen eignet sich dann, wenn es erste Hinweise für eine Demonstration aus dem rechten Umfeld gibt oder wenn es sich um Tage handelt, an denen die Rechtsextremen häufiger eine Demonstration anmelden. (siehe Seite 24)

Durch diese Taktik können Demonstrationen auch an geschichtsträchtigen Orten verhindert werden. Häufig weichen die Rechtsextremen auf andere Städte oder Kommunen in der Nähe aus. Hier müsst ihr euch absprechen, wie ihr dort als Zivilgesellschaft Präsenz zeigen könnt.

Verbot einer Demonstration

Das Verbot einer Demonstration ist kompliziert und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich, denn das Versammlungsrecht und damit das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht. Es soll allen die Möglichkeit geben, ihrer politischen

Meinung Ausdruck und Gehör zu verleihen. Dieser allgemeine Grundsatz gilt auch für Rechtsextreme – und das hat seinen rechtsstaatlichen Sinn. So lange eine Gruppierung oder Partei nicht verboten wurde, hat sie dieselben Rechte wie alle Anderen auch. Dies müssen wir in einem Rechtsstaat akzeptieren und respektieren. Es ist immer besser, den öffentlichen Raum zu besetzen, als ihn für andere zu verbieten. Ein gescheitertes Demonstrationsverbot kann sogar negativere Folgen haben als gar kein Verbot, da die Rechten sehr häufig versuchen, das Gerichtsurteil für sich auszunutzen: »Die selbsternannten Demokraten wollten unsere Demo verbieten, wir haben aber vor dem Gericht Recht bekommen.«

Nur örtliche Genehmigungsbehörden können ein Demo-Verbot aussprechen. Wir können euch weder zu einem Verbot raten noch abraten. Prüft die Situation sorgfältig und seht im Zweifelsfall von einem Verbotsantrag ab. Wenn ihr aber einen Antrag einreicht, dann geht bis zur letzten Instanz. Weitere Informationen zur bisherigen Rechtsprechung und über Verbotsgründe findet ihr auf Seite 19.

Gegendemonstration

Die Anmeldung einer Gegendemonstration und ihre Unterstützung durch ein möglichst breites Spektrum ist eine sehr gute Möglichkeit, um eine Gegenöffentlichkeit zur angemeldeten Nazi-Demonstrationen zu schaffen. Hier kann mit kreativen Slogans und engagierten Reden die Ablehnung des rechten Aufmarsches zum Ausdruck gebracht werden. Entscheidend für eine Gegendemonstration ist, dass mehr TeilnehmerInnen zusammenkommen als auf der rechten Demonstration. Eine zahlenmäßige Übermacht der Demokraten ist ein wirksames und wichtiges politisches Signal.

Wichtig bei einer Gegendemonstration ist auch, sich mit Bündnispartnern zusammenzutun und einen gemeinsamen Demoaufruf zu veröffentlichen. Dies kann viel Zeit kosten und manchmal nervenaufreibend sein, aber es lohnt sich, viele Bündnispartner einzubinden. Gemeinsam kann man sich den Rechten viel wirksamer entgegenstellen (Bündnispartner siehe Seite 18).

Ein Demoaufruf beinhaltet normalerweise das Motto der Demonstration, die Gründe, warum man demonstriert, die Forderung, die man erhebt, die Daten (Uhrzeit, Treffpunkt, Datum) und eine Erstunterzeichnerliste (Beispiele siehe Seite 27).

Neben einem gemeinsamen Aufruf solltet ihr mit den Bündnispartnern eine gemeinsame Kundgebung planen. Hier ist es wichtig, sich mit ihnen schon im Vorfeld über den Ablauf und die RednerInnen der Kundgebung zu verständigen.

Für die Organisation und den Ablauf der Demonstration ist es wichtig, sich von Beginn an mit den Bündnispartnern auf strikte Gewaltfreiheit zu einigen und eine Vereinbarung zu treffen, dass bei Gewalt aus der Demonstration heraus diese sofort beendet wird. Dies ist z.B. für den Umgang mit dem »Schwarzen Block« wichtig. Rechtliches zur Anmeldung und zum Verhalten auf einer Demonstration findet ihr ab Seite 20.

»Begleitung« oder Blockade einer rechten Demonstration

Wenn keine Gegendemonstration organisiert wird, habt ihr dennoch verschiedene Möglichkeiten, um die rechte Demonstration zu »begleiten«.

Das Versammlungsrecht schützt auch die Teilnahme an einer Versammlung unter Widerspruch und Protest – solange nicht versucht wird, die Versammlung zu verhindern. Ganz wichtig ist hier, friedlich zu agieren und gewalttätige Aktionen zu vermeiden.

Kritische Begleitung

Formen der kritischen Begleitung sind Aktionen, die es den Rechtsextremen schwer machen, ihre Demonstration in Ruhe durchzuführen. Unter dem Titel »Demokraten geben hier den Takt an«, haben in Gräfenberg die Bürger mit Trommeln den Zug der Neonazis begleitet. In Augsburg wurde mit lautem Krach die Kundgebung und die Kommunikation der Rechtsextremen empfindlich gestört. In Weimar wurden die historischen Fassaden am Versammlungsort mit Stoffen verhängt, damit die Rechten die historische Kulisse nicht für sich benutzen können. An vielen Orten lassen PfarrerInnen als Mahnung die Kirchenglocken läuten.

Weitere Möglichkeiten:

- Entlang der Demonstrationsroute Plakate mit Anti-Nazi-Sprüchen aufstellen.
- »Die Nazis werden aus der Stadt gekehrt«: Hinter der Demonstration der Nazis wird die Demoroute mit Besen gekehrt, um symbolhaft den brauen Müll aus der Stadt zu schaffen.

- Auf der gesamten Demonstrationsroute der Rechtsextremen wenden alle BürgerInnen der Demonstration den Rücken zu.

Karikieren und Ironisieren:

Der Versuch, den Rechtsextremen durch witzige und ironische Aktionen den Spiegel vorzuhalten und so auch Aufklärung über sie zu betreiben, war in vielen Orten erfolgreich. In Leipzig wurde beispielsweise unter dem Motto: »Leipzig lacht über den Karneval in Braun« die Demonstration mit vielen Lachsäcken und Konfetti begleitet. Diese Aktionen sind vollkommen legal, so lange sie nicht gezielt provozieren.

Weitere Möglichkeiten:

- Springerstiefel werden verboten und den Nazis Pantoffeln auf den Versammlungsplatz gestellt, damit sich die »Pantoffel-Helden« diese anziehen können.
- Wenn die Demonstration der Nazis auf freiem Gelände stattfindet, kann vorher ein Bauer mit Gülle düngen.
- Die »Front Deutscher Äpfel« (<http://www.apfelfront.de/>) versucht durch das Karikieren der Rechtsextremen Menschen auf deren undemokratische Ziele aufmerksam zu machen.
- Es wird ein paralleles Volksfest veranstaltet, auf dem das Motto der rechten Demonstration in einer kritisch gewendeten, karikierenden Weise als Slogan verwendet wird.

Blockade:

Die Blockade ist das effektivste Mittel gegen rechtsextremistische Demonstrationen, sie ist aber auch heikel. Die Polizei kann den Demonstrationszug der Rechtsextremen stoppen, wenn eine Räumung der Blockade unverhältnismäßig wäre oder die Einsatzmöglichkeiten der Polizei übersteigen würde. Das ist nur der Fall, wenn sehr viele TeilnehmerInnen die Route der Demonstration blockieren und es keine direkte Ausweichroute gibt. Dies hat sehr erfolgreich am 8. Mai 2005 in Berlin funktioniert. Auch in Halbe und am 18. August 2007 in Gräfenberg war die Blockade erfolgreich. Wenn ihr eine solche Aktion plant, dann ist ein Vorgespräch mit der Polizei anzuraten, damit ihr nicht in die Situation kommt, von Polizisten weggeschleppt oder mit schwerem Gerät wie Wasserwerfern konfrontiert zu sein.

Weitere Möglichkeiten:

- Um der Demonstration der Rechtsextremen so viele Menschen wie möglich gegenüber zu stellen, wurden in mehreren Städten Volksfeste veranstaltet. Dabei mach-

ten die BürgerInnen auf die demokratieverachtende Politik der Rechtsextremen aufmerksam und belegten gleichzeitig große Plätze in der Stadt.

- Unter dem Motto »Wir quetschen die Braunen ins Weggla« organisierten BürgerInnen in Gräfenberg ein Volksfest und signalisierten damit, dass die Braunen (Bratwürstchen) ins Brötchen gehören. In Gräfenberg wurde damit erfolgreich der Marktplatz besetzt und die Nazidemonstration verhindert.

Ignorieren:

In speziellen Fällen ist eine **nicht** aktive Begleitung die am besten geeignete Aktionsform. Dies ist aber auch eine der gefährlichsten Formen, da hier den Rechten der öffentliche Raum »kampflös« überlassen wird.

Das Entziehen jeglicher Aufmerksamkeit kann eine effektive Form des Boykotts gegen rechte Demonstrationen sein. Ein Vorwurf, der hier aber immer wieder im Raum steht, ist der, dass weggeschaut würde – »so wie damals«. Diese Art der »Begleitung« macht deshalb nur Sinn, wenn davon auszugehen ist, dass wirklich keine Öffentlichkeit erzeugt wird, keine Bilder in der Zeitung und keine Berichte im Radio oder Fernsehen auftauchen. Besonders wichtig sind deshalb auch kritische MedienvertreterInnen, die um ihre Verantwortung wissen. In Zeiten des Internets ist ein komplettes Verschweigen allerdings meist unmöglich.

Nicht vergessen bei Aktionen gegen Rechts!

Um einen größeren Effekt und auch eine Sichtbarkeit von Grüner Politik vor Ort zu erreichen, solltet ihr einige Sachen nicht vergessen:

- Macht auf euch aufmerksam! Eine gute und umfassende Pressearbeit ist das A und O. Andere Parteien und viele BürgermeisterInnen scheuen sich teilweise davor, mit dem Thema Rechtsextremismus offensiv umzugehen. Ein Wegducken oder Totschweigen hilft aber nur den Rechtsextremen, sich weiterhin ungestört auszubreiten. Wenn ihr Gegenaktionen plant, ist dies das beste Zeichen

für eine aktive, engagierte Zivilgesellschaft, die versucht, die Rechtsextremen zurückzudrängen.

- Mobilisiert eure eigenen Mitglieder und Sympathisanten. Je mehr Menschen bei Gegenaktionen dabei sind umso besser. Die Grüne Jugend ist sehr aktiv im Kampf gegen Rechts. Bei ihnen findet ihr MitstreiterInnen und oft gute Ideen.
- Verteilt Material und macht damit auf eure Position aufmerksam. Der Grüne Versand hat Aufkleber, Sticker, Flyer und Plakate zum Thema Rechtsextremismus.
- Bringt genügend grüne Luftballons oder grüne Fahnen zur Demo mit, um als Grüne erkennbar zu sein. Ihr könnt auch versuchen, einen grünen Block in der Demonstration zu bilden.
- Ihr braucht Hilfe? Die könnt ihr jederzeit in der Bundesgeschäftsstelle bekommen. Das Büro von Claudia Roth behandelt das Thema federführend im Bundesvorstand. Dort könnt ihr auch ein Großflächentransparent gegen Nazis für eure Geschäftsstelle ausleihen.
- Es gibt auch Kreisverbände, Landesverbände oder Kommunen, die schon einige Erfahrungen mit rechten Demonstrationen sammeln konnten. Zum Beispiel: Berlin, Dessau, Dresden, Eisenach, Erfurt, Gräfenberg, Jena, Leipzig, Verden, Weimar, Wernigerode und Wunsiedel.

Exkurs – Wortergreifungsstrategie der NPD – was tun bei eigenen Veranstaltungen

Die NPD propagiert schon seit längerem die sogenannte »Wortergreifungsstrategie«. Damit will sie erreichen, Veranstaltungen des politischen Gegners zu dominieren, die Diskussionsrunde einzuschüchtern oder letztlich sogar ganz zu übernehmen.

Durch ein anfänglich moderates Auftreten versuchen die Rechtsextremen den Anschein zu erwecken, sich im demokratischen Meinungsspektrum zu bewegen. Dadurch wollen sie erreichen,

als gleichberechtigte Diskussionsteilnehmer akzeptiert zu werden. Das Ziel der NPD ist es, die Meinungsführerschaft der Diskussion zu erlangen und so einem interessierten Publikum ihre Parolen und Positionen zu präsentieren. Der Zugang zu solch einem Publikum und einer großen Teilnehmerzahl wäre für sie ansonsten kaum herstellbar. Zusätzlich spart die NPD alle organisatorischen und finanziellen Kosten für Veranstaltungen.

Versammlungen unter freiem Himmel

Eine Demonstration findet unter freiem Himmel statt und somit steht das Ausschlussrecht nur der Polizei zu, nicht dem Veranstaltungsleiter. Zwar kann dieser die Polizei auf StörerInnen aufmerksam machen, letztendlich liegt es aber in der Einschätzung der Polizei, diese zu entfernen. Das Recht der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung gilt prinzipiell für alle TeilnehmerInnen der Demonstration.

Die Polizei muss dafür sorgen, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit gewährt wird. Die Versammlung muss demnach mit dem ihr gewidmeten Inhalt störungsfrei durchgeführt werden können. Der Zweck der Versammlung wird bei der Anmeldung bestimmt und darf nicht »schwer« gestört werden. Schwer ist eine Störung dann, wenn sie eine Unterbrechung, Behinderung, Auflösung oder Aufhebung der Versammlung hervorrufen kann. Die StörerInnen müssen absichtsvoll und willentlich stören, damit sie ausgeschlossen werden können. Einzelne Zwischenrufe oder Transparente reichen rein rechtlich nicht aus.

Es ist versammlungsrechtlich nicht leicht, einen bestimmten TeilnehmerInnenkreis auszuschließen. Ein guter Grund ist jedoch, als VersammlungsleiterIn der Polizei den begründeten Verdacht einer groben Störung oder einer Eskalation durch Rechtsextreme mitzuteilen. Auch eine Blockbildung der Rechtsextremen als Versammlung in der Versammlung ist ein stichhaltiger Grund zum Ausschluss.

Als VersammlungsleiterIn sollte man den Ausschluss von Rechtsextremen ausdrücklich verlangen.

Versammlungen in geschlossenen Räumen

Anders als bei der Demonstration hat man bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen meist das Hausrecht inne und kann selbst bestimmen, wer an der Veranstaltung teilnehmen darf.

Dies wird mit der Einladung zum Ausdruck gebracht. Wenn also eine allgemeine Einladung über die Zeitung oder per Plakat ausgesprochen wurde, können alle Personen zu der Veranstaltung kommen – auch die Rechtsextremen. Bei gezielter Einladung oder bei allgemeiner Einladung mit dem Hinweis, dass »**Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, der Zutritt zur Veranstaltung verwehrt wird**«, können am Eingang diese oder nicht geladene Personen zurückgewiesen werden. Solche Maßnahmen sollten mit Hilfe von szenekundigen Personen durchgeführt und bei Schwierigkeiten sofort die Polizei verständigt werden.

Sitzen erst einmal Rechtsextreme in der Veranstaltung, ist es dennoch legitim, sie rauszuschmeißen wenn sie versuchen, die Veranstaltung durch lange Monologe oder rechtsextreme Parolen zu stören. Dies ist nicht undemokratisch! Denn Ächtung und Ausschluss erfolgen auf der Basis eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Standpunktes und mit dem Ziel, rechtsextremen Protagonisten keinen Raum zu bieten, ihre Ideologie zu propagieren und sich als Teil des demokratischen Spektrums darzustellen. Rechtsextreme sind Protagonisten einer menschenverachtenden Ideologie, die nicht vor rassistischer Gewalt – bis hin zu Mord – zurückschrecken. Allein von 1990 bis 2004 wurden in Deutschland 134 Menschen von Tätern mit rechtsextremem Hintergrund umgebracht. Menschen, die bereits Opfer rechter Gewalt wurden und Gäste einer Veranstaltung sind, sollte eine hautnahe Begegnung mit geistigen Brandstiftern nicht zugemutet werden.

Ein Ignorieren dieser StörerInnen ist absolut nicht förderlich und schlägt oft fehl. Wenn man eine Auseinandersetzung sucht, sollte man diese nur bewusst, sehr gut vorbereitet und in Kenntnis der NPD-Programmatik tun. Abzuraten ist von einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten auf Veranstaltungen, die thematisch über die NPD oder den Rechtsextremismus aufklären sollen.

Bedenken sollte man auch, dass die Parolen der NPD strukturell anders angelegt sind als ein sachlich interessierter Dialog. Sie sind emotional, verkürzen die Inhalte und stellen sie eindimensional dar. Sie sind keiner Antwort, die die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge einbezieht, zugänglich. Meist kommt man damit als Demokrat in die Defensive.

Tipps für Veranstaltungen in geschlossenen Räumen

- Keine gemeinsamen Podien und Diskussionsveranstaltungen mit VertreterInnen der NPD oder JN.
- Eine Koordination der Teilnehmenden im Vorfeld von Veranstaltungen mit den anderen demokratischen Parteien und PodiumsteilnehmerInnen, über eine gemeinsame inhaltliche Begründung für die Ablehnung von Rechtsextremen und ein gemeinsames Vorgehen bei einer Störung während der Veranstaltung.
- Eine inhaltliche Vorbereitung auf die zentralen rechtsextremen Argumentationsmuster und politischen Themenfelder ist sehr wichtig.
- Im Vorfeld von öffentlichen politischen Veranstaltungen den Kontakt zur Polizei suchen und die verschiedenen Szenarien/ Strategien (Sicherheitspartnerschaft) besprechen. Für den Zeitraum der Veranstaltung sind zuständige AnsprechpartnerInnen der Polizei mit eigener Telefonnummer (nicht 110) wichtig.
- Aufstellen von klaren und transparenten Diskussionsregeln (Antidiskriminierungsregel).
- Festlegung zu Beginn der Veranstaltung, ob fotografiert oder gefilmt werden darf – und wenn ja, wer.
- Rassistische, antisemitische, sexistische, menschenverachtende und den Nationalsozialismus leugnende oder verharmlosende Äußerungen dürfen nicht unkommentiert stehen bleiben: Widerspricht aktiv.
- Um Rechtsextreme auszuschließen, muss man sie in jedem Fall als solche erkennen. Hierfür sollte die Hilfe von Szenekundigen eingeholt werden.
- Nicht auf die rechten Parolen einlassen. In der Regel ist die Person in der Defensive, die sich von Parolen abgrenzen will.
- Das Saalmikrofon von HelferInnen bzw. OrdnerInnen halten (ggf. an einer Verlängerungsstange) und nicht aus der Hand geben oder nehmen lassen.

Die NPD

Die NPD hat nach ihren Wahlerfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verstärkt ihre Strategie »Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße und Kampf um die Parlamente« ausgebaut. Mit dieser 3-Säulen Strategie versucht sie sich in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren und ihre Ideologie dort zu verankern. Dies hat in einigen Regionen in Deutschland bereits bedenkliche Formen angenommen, und es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis es die ersten NPD-Bürgermeister gibt. Des Weiteren versucht die NPD die freien Kameradschaften eng an sich zu binden, um in der Fläche besser präsent zu sein und ihr Wählerspektrum zu vergrößern. Komplettiert wird dies durch den Auftritt der Parteispitze als Biedermänner und Nachbarn von nebenan. Um so dringender erscheint es, sich mit der NPD auseinanderzusetzen und bei öffentlichen Auftritten der NPD Gegenaktionen zu planen.

Immer wieder flammt in der Öffentlichkeit die Forderung nach einem erneuten NPD-Verbot auf. Das Grundproblem wird hier übersehen: Der Rechtsextremismus verschwindet mit Verboten nicht aus den Köpfen, sondern taucht allenfalls in den Untergrund ab. Wir kämpfen nicht gegen Menschen, sondern gegen menschenverachtende Ideologien. Deshalb geht es zuallererst um eine starke demokratische Zivilgesellschaft, die Rechtsextremen zeigt, dass sie ihre menschenfeindlichen Ideen und Handlungen nicht toleriert. Hier ist der Punkt, an dem alle Demokraten gemeinsam aktiv werden müssen.

Für ein neues NPD-Verbotsverfahren sehen wir derzeit keine veränderte Ausgangslage gegenüber dem letzten Verfahren, aus dessen Scheitern die NPD unverfroren Kapital zu schlagen versucht. Außerdem wäre für ein neues Verfahren vorab ein hoher Preis zu zahlen: Die einzige Chance bestünde darin, die V-Leute vom Verfassungsschutz und der Landesverfassungsschutzämter aus der NPD abzuziehen. Auch angesichts des ungewissen Ausgangs eines solchen Verfahrens haben wir hier größte Bedenken.

Bündnispartner:

Entscheidend ist, dass nicht nur wir als Grüne ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus setzen, sondern die gesamte Zivilgesellschaft. Gegenaktionen zu rechtsextremen Demonstrationen, Ständen oder Mahnwachen sind deutlich wirksamer, wenn nicht nur eine einzelne Partei in Erscheinung tritt. Versucht deshalb, ein möglichst breites Bündnis auf die Beine zu stellen. Vergesst dabei unsere Grüne Jugend nicht. Solche Netzwerke sollten auf Dauer angelegt sein, denn dann stärken sie auch die Zivilgesellschaft vor Ort. Bündnispartner dafür sind beispielsweise:

Gewerkschaften:

- DGB
- ver.di
- IG Metall
- GEW
- Gewerkschaft der Polizei (GdP)
- natürlich alle Jugendverbände der oben genannten Gewerkschaften

Parteien:

- SPD
- FDP
- CDU/CSU
- Linkspartei
- Freie Wähler
- natürlich alle Jugendorganisationen der demokratischen Parteien

Vereine:

- Menschenrechtsgruppen (AI, terre des femmes)
- attac
- Umweltverbände (BUND, NABU)
- örtliche Sportvereine
- Freiwillige Feuerwehr
- Karnevalsverein

Öffentliche Verwaltung, Bürgermeister

Polizei

Kirchen

Theater und Kultureinrichtungen

Heinrich-Böll-Stiftung und andere Stiftungen

Schulen, Hochschulen

Mobile Beratungsteams / Rechtsextremismusexperten

Migrantenverbände, Ausländerbeirat

Fakten zum Verbot einer Demonstration

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf ein Verbot von Aufzügen oder Versammlungen nur zum Schutz von Rechtsgütern, die der Bedeutung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit zumindest gleichwertig sind, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nur bei einer unmittelbaren, aus erkennbaren Umständen herleitbaren Gefährdung dieser Rechtsgüter erfolgen (BVerfGE 69, 315, 352ff – Brokdorf; BVerfG NJW 2001, 1409, 1410).

Ein Verbot kann erfolgen,

- weil ein Verstoß gegen den §130 des StGB befürchtet wird. Demnach wird bestraft, wer in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt oder verherrlicht.
- weil die Gefahrenanalyse der Polizei eine so massive Gefährdung ausmacht, dass sie die Sicherheit der Demonstration mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften nicht garantieren kann.
- weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gewährleistet werden kann
- weil die Demonstration an einem Ort stattfindet, der als Gedenkstätte von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter den Nazis erinnert, und Tatsachen vorliegen, die eine Beeinträchtigung der Würde der Opfer befürchten lässt. Dieses Gesetz stellt klar, dass das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor ein solcher Ort ist. Die Länder können durch Gesetz weitere Orte von bundesweiter Bedeutung bestimmen.
- weil zu erwarten ist, dass gegen folgende Paragraphen verstoßen wird: § 86 StGB Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, § 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, § 84 StGB Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei, § 85 StGB Verstoß gegen ein Verbot, § 125 StGB Landfriedensbruch, § 127 StGB Bildung bewaffneter Gruppen, § 130 StGB Volksverhetzung, § 185 StGB Beleidigung, § 189 StGB Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Rechtliches zur Anmeldung einer Gegendemonstration:

(1) *Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.*
(2) *Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden. (Art. 8 GG)*

Erst einmal vorweg: eine Gegendemonstration ist nichts anderes als eine normale Demonstration. Die Anmeldung unterscheidet sich demnach nicht. Es kann nur zu Auflagen kommen, die ein Zusammentreffen mit der anderen Demonstration verhindern sollen. Prinzipiell gilt, dass man seine Meinung an einem selbstgewählten Ort, zu einer selbstgewählten Zeit und in einer selbstgewählten Form mit anderen Personen zusammen kundtun darf.

Demonstrationen unterliegen **keiner Genehmigungspflicht**. Sie werden nur **angemeldet**. Dies müsst ihr spätestens 48 Stunden vorher bei der Versammlungsbehörde (dies ist meist das Ordnungsamt) per Fax, Telefon oder schriftlich tun.

Hier eine kleine Formulierungshilfe:

»Hiermit melde ich (NAME) eine Versammlung (Demonstration und/oder Kundgebung) am (TAG) von (UHR) bis (UHR) an. Es werden (ZAHL) TeilnehmerInnen erwartet. Als Kundgebungsmittel werden wir mitführen (z.B. 2 Lautsprecherwagen, Megaphone, Flugblätter, Trommeln, Transparente, Fahnen,...). Die Demonstration beginnt (Ort) und führt über (ORT). Eine Zwischenkundgebung wird am (Ort) (evt. um ZEIT) durchgeführt. Die Demonstration endet um (UHR) am (ORT). Wir möchten (ZAHL) Ordner mitführen.«

Von einer normalen Demonstration werden noch Eilveranstaltungen und Spontanversammlungen unterschieden. Eilveranstaltungen, die einen aktuellen Grund haben, können auch kürzer als 48 Stunden vorher angemeldet werden. Ihr dürft dafür aber erst ab der Anmeldung werben. Spontanversammlungen entstehen, aus dem Augenblick heraus, haben keinen Leiter und können folglich auch nicht angemeldet werden. Sie sind aber trotzdem durch das Grundrecht geschützt. Eine Spontanversammlung sollte auch spontan sein, ansonsten kann sie aufgelöst werden.

Auf eure Anmeldung reagiert die Versammlungsbehörde meist mit einer Bestätigung und/oder Auflagen für die Demonstration. Jede Auflage muss verhältnismäßig und stichhaltig begründet

sein, euch die Durchführung weiter ermöglichen und Lösungen zur Umsetzung der Auflagen aufzeigen. Meist werden solche Auflagen erst kurz vor der Demonstration gestellt. Ihr könnt gegen die Auflagen Widerspruch beim zuständigen Verwaltungsgericht einlegen, da Auflagenbescheide eigenständige Verwaltungsakte sind, gegen die Widerspruch eingelegt werden kann (*ein »Gegen den Bescheid vom XXX lege ich Widerspruch ein.« genügt*).

Vor der Demonstration kommt es meist zu einem Kooperationsgespräch mit der Polizei. Hier könnt ihr die möglichen Gefahren, die Demoroute und eventuelle Auflagen besprechen sowie eine Zusammenarbeit verabreden.

Bei der Anmeldung der Gegendemonstration müsst ihr darauf achten, dass der Grundsatz gilt »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst«. Eure Gegendemonstration kann nie die angemeldete Nazi-Demo verdrängen. Deshalb solltet ihr andere Orte oder Zeiten auswählen, um harten Auflagen zu entgehen.

Als Anmelder der Demonstration seid ihr AnsprechpartnerIn für die Polizei und müsst OrdnerInnen bestimmen. Für OrdnerInnen gibt es im Gesetz keine weitere gesetzliche Beschränkung, als dass sie über 18 Jahre alt sein müssen. OrdnerInnen unterstützen den/die AnmelderIn in ihren Veranstalterpflichten.

Für StraftäterInnen ist die Polizei und nicht der/die AnmelderIn zuständig. Der/Die LeiterIn ist nicht verantwortlich für Aufrufe von anderen, die zur selben Veranstaltung einladen.

Im Normalfall wird die Demonstration durch euch, den/die AnmelderIn, mit der Aussage »Die Versammlung ist beendet« beendet.

Häufige Auflagen für eine rechte Demonstration

Mit Auflagen kann die Ordnungsbehörde dazu beitragen, den Rechtsextremen das Erlebnis und den Spaß an einer Demonstration zu nehmen.

Verboten werden häufig:

- das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder gleichartigen Kleidungsstücken als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung.

- Das zu einem gemeinsamen Erscheinungsbild führende Tragen von Bomberjacken (schwarz, blau, militärgrün) in Verbindung mit dunklen Springerstiefeln ggf. neben einer militärischen Kopfbedeckung wird als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung angesehen und ist untersagt.
- Trommeln oder Fanfaren.
- Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.
- Sprechchöre.
- Hunde.
- Neonazi- oder Skinheadmusik.
- die Fortbewegung in marschartigen Formationen ist untersagt.
- Zeichen, die das Nazi-Regime glorifizieren oder verharmlosen.
- die Stückzahl der Fahnen.
- Fackeln.
- die Maße von Fahnen, Transparenten, Trageschildern und Tragestangen.
- Embleme oder Tätowierungen, die in Verbindung mit dem Nationalsozialismus stehen, »Hass« bedeuten (wie z.B. Bilder von Totenköpfen) oder in den Augen der breiten Öffentlichkeit einen solchen Eindruck hervorrufen können.
- das Tragen von Bekleidungsstücken mit Aufschriften, aus denen sich ggf. durch teilweises Überdecken die Buchstaben- bzw. Zahlenfolge »FG«, »JdF«, »ZOG«, »NS«, »NSD«, »NSDA«, »NSDAP«, »SS«, »SP«, »HH«, »14«, »28«, »192«, »18«, »Combat 18«, »88« oder die Abkürzungen bzw. erkennbare Abkürzungsteile weiterer verbotener Parteien oder Gruppierungen ergibt, ist verboten.
- verbotene Parteien oder Vereinigungen – sei es durch Redebeiträge, durch Skandieren von Parolen oder auf Transparenten zu unterstützen.
- das Rufen von Parolen und das Zeigen von Transparenten mit dem Inhalt »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« oder mit der Wortfolge »Nationaler Widerstand« wie z.B. »Hier marschiert der Nationale Widerstand« oder »Hier spaziert der Nationale Widerstand« ist untersagt.
- es dürfen weder alkoholisierte Personen teilnehmen, noch darf auf der Versammlung Alkohol konsumiert werden.

Weitere Auflagen:

- Demonstrationsroutenveränderungen
- Zeitbeschränkungen
- Verbot bestimmter RednerInnen

Wie verhalte ich mich auf einer Demo?

Die Grüne Jugend hat eine Demofibel mit dem Titel »Demonstrativ Grün« herausgegeben, in der sie im kompakten Taschenformat einen umfassenden Überblick über die wichtigsten Tipps und Hinweise bei Demonstrationen und Blockaden gibt. Wie bereite ich mich vor einer Demo individuell und gemeinsam vor? Was nehme ich mit – was lieber nicht? Wie verhalte ich mich in Konfliktsituationen? Wie bereite ich die Demo nach? Von A wie Anmeldung bis Z wie Zwangsmassnahme ist alles dabei. Neben den zahlreichen rechtlichen und organisatorischen Hinweisen finden sich in der Demofibel auch Aktionsvorschläge, Demolieder und –sprüche sowie ein paar Notizeiten für alles, was während der Demo festgehalten werden sollte.

Die beiden GJ-SprecherInnen und Jura-StudentInnen Jan Philipp Albrecht und Paula Riester, die seit Jahren bei Anti-CASTOR- und Anti-Nazi-Demonstrationen aktiv sind, fassen mit Hilfe von junggrünen Aktiven die Blockade-Erfahrungen der letzten Jahre zusammen. Zuletzt haben sie den »grünen Block« auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm mitorganisiert und klagen derzeit gemeinsam gegen den Tornado-Einsatz über dem Protestcamp bei Reddelich im Juni 2007. Im Vorwort der Demofibel schreiben sie:

»Das Recht eines jeden Menschen, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und den eigenen Willen, den Protest, Zustimmung wie Ablehnung, kundtun zu dürfen, ist fundamental für eine freiheitliche, rechtsstaatliche und demokratische Gesellschaft. (...) Die Grüne Jugend hat sich, als 1994 gegründete Jugendorganisation der aus den Protestbewegungen der 70er und 80er Jahre hervorgegangenen Grünen Partei sowie des aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung zur Wende entstandene Bündnis 90, den Idealen einer lebendigen, friedlichen und kreativen Protest- und Gegenkultur verpflichtet.«

Die Demofibel »Demonstrativ Grün« kann bei der GRÜNEN JUGEND unter www.gruene-jugend.de/bestellen oder in der Grünen Bundesgeschäftsstelle bestellt werden.

Häufige Demonstrationstermine der rechten Szene:

Januar

- 18. Januar (1871) Reichsgründung
- 27. Januar (1945) Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee
- 30. Januar (1933) Machtübertragung an die Nationalsozialisten

Februar

- 13. Februar (1945) Bombardierung Dresdens
- 23. Februar (1930) Todestag Horst Wessel
- 24. Februar (1920) Verkündung des NSDAP-Partiprogramms

März

- Letzter Sonntag im März »Die Verpflichtung der Jugend«

April

- 20. April (1889) Geburtstag Adolf Hitlers

Mai

- 1. Mai »Nationaler Feiertag des deutschen Volkes«
- 8. Mai (1945) Kapitulation des Deutschen Reiches
- 14. Mai (1948) Gründung des Staates Israel

Juni

- i.d.R. Mitte Juni »Fest der Völker« (NPD) in Jena
- 20. Juni bis 23. Juni – je nach Quelle Sommersonnenwende
- 22. Juni (1941) Deutscher Überfall auf die Sowjetunion

Juli

- Mitte Juli (seit 2003) NPD Open Air Konzert in Gera
- 20. Juli (1944) Attentat auf Hitler durch Wehrmachtsoffiziere
- 24. Juli (1943) Beginn der Bombardierung Hamburgs

August

- i.d.R. Anfang August (seit 2001) Deutsche Stimme Pressefest
- 17. August (1987) Todestag Rudolf Heß

September

- 1. September (1939) Deutscher Überfall auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkrieges
- 15. September (1935) Verkündung der »Nürnberger Rassengesetze« auf dem Reichsparteitag in Nürnberg
- 24. September (1993) Todestag des rechtsextremen Rockidols Ian Stuart, Begründer der Gruppe Screwdriver

Oktober

- 3. Oktober Tag der Deutschen Einheit/Tag der Germanen
- Anfang Oktober Erntedankfest; »Ehrentag des deutschen Bauerntums«

November

- 9. November (1923) »Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung« in Erinnerung an den gescheiterten Putschversuch der NSDAP; Reichspogromnacht
- 16. November (2 Sonntage vor dem 1. Advent) Volkstrauertag; von NSDAP zum »Heldengedenktag« umbenannte Demonstration in Halbe zur Erinnerung an die Kesselschlacht (2007 ersatzweise am 3. März)

Dezember

- 21./22. Dezember Wintersonnenwende

Link- und Materialsammlung

Grünes:

- Grünes Extranet mit der Rubrik Rechtsextremismus: <https://www.gruene-extra.de>
- Grüne Bundestagsfraktion: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/rubrik/1/1129.htm>
- Tipp: Auf den Seiten der Landes-Böll-Stiftungen findet ihr auch viel Material.

Mobile Beratungsteams:

- www.mbr-berlin.de
- www.mbt-mv.de
- www.mobiles-beratungsteam.de
- www.mobile-opferberatung.de
- www.mobit.org

Bundeszentrale für politische Bildung

- Thema Rechtsextremismus:
www.bpb.de/themen/R2IRZM
- Thema Antisemitismus:
www.bpb.de/suche/,,.html?all_search_action=search&all_search_text=antisemitismus&x=0&y=0

Infos zum Bundesprogramm »VIELFALT TUT GUT.«

Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

- www.entimon.de
- www.civitas.de
- www.vielfalt-tut-gut.de

Initiativen gegen Rechts:

- Berliner Förderprogramm für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt und Rechtsextremismus:
<http://respectabel.de/>
- Bündnis für Demokratie und Toleranz:
www.buendnis-toleranz.de
- Basta: Mach mit – Nein zur Gewalt:
www.basta-net.de
- Aktion weltoffenens Deutschland e.V.:
www.gesichtzeigen.de
- Aktion Courage e.V.:
www.aktioncourage.de
- Amadeo Antonio Stiftung:
www.amadeo-antonio-stiftung.de

Ratgeber gegen Rechts:

- www.miteinander-ev.de/pdf/streiten-mit-neonazis.pdf
- www.recht-gegen-rechts.de

Informationsdienste und -plattformen:

- Blick nach Rechts:
www.bnr.de
- www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
- Informationsdienst gegen Rechtsextremismus:
www.idgr.de
- Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung e.V.:
www.dir-info.de
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.:
www.idaev.de
- NPD-blog-Info:
www.npd-blog.info

Exemplarische Demoaufrufe

Halbe

Was bei Halbe in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 geschah, wird nie vergessen. Mehr als 100 000 Menschen – Soldaten und Zivilisten – starben in der letzten Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs. Ein grausiges Sterben, ein sinnloser Tod.

Aus Anlass des Volkstrauertages richtet der Landtag Brandenburg gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Brandenburg, am Sonnabend, dem 12. November 2005, um 11 Uhr auf dem Waldfriedhof Halbe eine Gedenkfeier aus. Der Volkstrauertag wird in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 begangen. Er ist dem Gedenken an alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gewidmet.

Gemeinschaftlich wollen wir in Halbe zu Frieden und Versöhnung aufrufen. Gemeinsam können wir an diesem Ort der Trauer ein Zeichen setzen, gegen die Bestrebungen all jener, die diesen nationalen Gedenktag zu missbrauchen versuchen, um die Verbrechen der Nationalsozialisten zu verklären und die Opfer für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke zu instrumentalisieren.

Deshalb appellieren wir an alle Brandenburger und Brandenburgerinnen, an alle Berliner und Berlinerinnen: Kommen Sie am 12. November nach Halbe und nehmen Sie mit uns an der Gedenkfeier teil. Das Gedenken an tausende Kriegstote und Opfer der Gewaltherrschaft in brandenburgischer Erde ist zugleich ein Akt der Verteidigung unserer Lebenswerte, unserer Freiheit, unserer Demokratie. Setze ein Zeichen!

Hamburg

Nazis stoppen mit Köpfchen

Antifaschistische Bündnis-Demonstration
14. August 2007

Wir rufen alle Antifaschistinnen und Antifaschisten auf zu einer Demonstration am 14. August in Hamburg-Blankenese. Der hier ansässige Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist nicht nur Landesvorsitzender der NPD, sondern auch Anmelder der jährlichen Hess-Gedenkmärsche im bayrischen Wunsiedel. Wir werden an jedem Ort alte und neue Nazis bei ihren Versuchen die Geschichte umzudeuten, stören und jeder Form der Verherrlichung

des Nationalsozialismus eine klare Absage erteilen. Deshalb werden wir am 14.08. zeigen, welcher zentrale Knotenpunkt des deutschen Neonazi-Netzwerkes sich hinter dieser scheinbar bürgerlichen Fassade verbirgt.

Kein neonazistisches Hessgedenken – weder in Wunsiedel noch Anderswo

Seit zwanzig Jahren versuchen Neonazis anlässlich des Todestages von Hitlerstellvertreter Rudolf Hess Gedenkmärsche zu zelebrieren. Im Kern geht es dabei jedoch um den Versuch, den Nationalsozialismus zu rehabilitieren und ein reversionistisches Geschichtsbild zu etablieren. In Wunsiedel, der Ort in dem sich das Grab von Hess befindet, konnten Neonazis in den Jahren 2001 bis 2004 jährliche Gedenkmärsche mit bis zu 4.800 Teilnehmenden durchführen. In diesen Jahren entwickelte sich hier eine ritualisierte Form des Gedenkens, an dem Alt- und Neonazis aus verschiedenen Ländern unabhängig von Parteien und Organisationen teilnahmen. Das Hessgedenken wurde zu einem Event, das Identifikation stiftete, mit dem Traditionen konstruiert wurden und das stabilisierend für die Neonaziszene wirkte.

Ob als Anmelder oder Redner, Planer oder Strippenzieher, Rieger zeigte sich stets hauptverantwortlich rund um das Hessgedenken. Wenn Neonazis in diesem Jahr wieder einmal versuchen, ihren neonazistischen Gedenkmarsch in Wunsiedel oder im Verbotsfall an einem anderen Ort durchzuführen, werden auch wir da sein und ihnen unseren entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Deshalb: Kommt alle zum Aktionstag am 18. August.

Demonstration Nazis stoppen. Mit Köpfchen.

Dienstag, den 14. August 2007 um 19 Uhr
S-Bahnhof Blankenese

Aktionstag gegen den Hessgedenkmarsch

Samstag, den 18. August 2007

Der Aufruf wird unterstützt von:

Unsere Materialien

Ihr wollt selbst Farbe bekennen? Folgende Artikel könnt ihr im Grünen Shop (eshop.gruene.de) bestellen:



A1-Plakat
»Nazis? Nein Danke!«



Anstecker und Aufkleber
»Nazis? Nein Danke!«



Großflächenplakat
»Nazis? Nein Danke!«

Und bei der Grünen Jugend:



Rechtsextremismusbrochure
der Grünen Jugend, A5 quer

DEMORATGEBER RECHTSEXTREMISMUS



Unterstützen Sie GRÜNE Politik
mit Ihrer Spende:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Konto Nr. 803 581 5900, BLZ 430 609 67

Weitere Informationen:
www.gruene.de
spenden.gruene.de